

Netzwerk Grundeinkommen



Pressemitteilung
24. Februar 2015

Eine Enquete-Kommission Grundeinkommen muss das Thema umfassend und demokratisch diskutieren

Das Netzwerk Grundeinkommen fordert die baldige Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag. In den Wahlprogrammen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ist eine solche Kommission für diese Legislaturperiode versprochen. Beide Fraktionen können diese nur gemeinsam im Bundestag durchsetzen. "Bisher hat nur die Fraktion DIE LINKE die Unterstützung der Einrichtung der Kommission zugesagt", erklärt Matthias Blöcher, Mitglied des Netzwerkrats, am Rande der Mitgliederversammlung des Netzwerks in Recklinghausen.

"Eine solche Debatte über das Grundeinkommen muss auch im Kontext einer wachstumskritischen, globalen und europäischen Sicht geführt werden. Eine auf die nationale Sicht verengte Debatte würde der zugespitzten ökologischen, sozialen und politischen Situation nicht gerecht", ergänzt Ronald Blaschke, Mitglied des Netzwerkrats.

Das Netzwerk Grundeinkommen schlägt darüber hinaus vor, die Enquete-Kommission Grundeinkommen demokratischer zu gestalten als bisherige Kommissionen. "Ein Gewinn an demokratischer Kultur wäre es zum Beispiel, wenn der oder die Vorsitzende der Kommission partei- und fraktionsunabhängig wäre und Nichtregierungsorganisationen wie das Netzwerk Grundeinkommen sowie VertreterInnen des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Netzwerkes Grundeinkommen (Unconditional Basic Income Europe) in die Arbeit der Kommission einbezogen werden. Wir erwarten zudem höchstmögliche Öffentlichkeit und Transparenz sowie die Unterstützung öffentlicher Bürgerforen und -konvente zum Grundeinkommen, die die Arbeit der Enquete-Kommission begleiten", sagt Matthias Blöcher.

Für Rückfragen:
Matthias Blöcher, + 49 177 42 59 733